

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 436.

Halle, Dienstag, den 17. September.

1918.

Weitere ablehnende Entente-Stimmen.

Kege Erkundungstätigkeit in Flandern. — Heftige Artilleriekämpfe bei Havincourt. — Ein Erfolg bei Vauxaillon. — Erfolgreiche Unternehmungen bei der Heeresgruppe Gallwiz. — 44 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. September.
Weltlicher Kriegsgeschichtsamt.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern rege Erkundungstätigkeit. Südlich von Ypern schreitet Zeilangriff des Feindes. An der Kanalstellung drängen Bombardier-Geschwader von erneuten Vorstößen gegen den Feind bei Saingh-Cauchy Gefanone zurück. In der Gegend von Banzincourt heftige Kämpfe der Artilleriekämpfe am frühen Morgen vorübergehend zu großer Stärke; keine Infanterieerfolge.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Vilette und Aisne dauern die heftigen Angriffe des Feindes fort. Wir nahmen den Ortland der Höhe südlich von Buzailles, auf der der Feind sich zurückzog. An der von Buzailles nach Osten führenden Straße drückte uns der Feind etwas zurück. Am Nachmittag nach heftigen Artilleriekämpfen erneut vorübergehend Anstöße des Feindes südlicher an den Gegenhängen der hier kämpfenden Hannoveraner, braunschweigischen und oberrheinischen Infanterie-Regimenter. Sie löbten am Abend ihre Sten zum Teil wieder vor. Nach die südlich anschließende Brandsturmzüge 5. Infanterie-Division schlug mehrfach durch Panzerwagen unterstützte Angriffe des Feindes ab. Im Südteil von Vallin dauerten Kleinkämpfe an. In der Champagne wurde ein nördlicher Vorstoß des Feindes südlich von Rionville abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwiz.

An der Cotes Berraine, bei St. Silaire und westlich von Jonville führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Zeilangriff des Feindes gegen Saumont und nordöstlich von Biazincourt wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit beschränkte sich auf St. Amoufener.

Wir löbten gestern 44 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Boerger erlangte 40, Leutnant Kamen seinen 35. und Leutnant Böhm seinen 30. Luflist.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Die tägliche U-Boot-Beute.

Berlin, 16. Sept. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten 7000 B.-R.-T. versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Eine Schlacht in Mazedonien.

Veränderte Frontlinie.

WTB. Sofia, 16. September. Generalstabsbericht vom 15. September. Mazedonische Front: Westlich des Drinbaches Unternehmungen an der Spitze und an der Cervona Steua heftige Überfälle auf feindlicher Seite. Nördlich des Drinbaches verdrängen französische Kommanden nach abnehmender Artillerieunterstützung sich immer vorwärts. Gegen zu nähern, wurden aber durch besser verteilte, im Gesamtansehen während des ganzen Tages heftigen Artilleriekämpfe auf beiden Seiten. Im Südteil von Gradischka bis zur Höhe Bosphoro fanden erbitterte Kämpfe statt. Feindliche Bataillone griffen an mehreren Punkten unsere Stellungen südlich von Gradischka an, wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgewiesen; eine Anzahl französischer Gefangener blieb in unseren Händen. Weiter östlich griffen nach besonders heftiger Artillerieunterstützung französische und serbische Divisionen heute früh unsere Stellungen bei Sobol, Dobropole und Bretenim an. Nach heftigsten Kämpfen gelang es ihnen, diese Punkte zu besetzen, wobei sie schwere Verluste erlitten. Am unseren Truppen unabhängige Verluste zu erfahren, nehmen wir unsere Einheiten in diesem Abschnitt eine neue Stellung weiter nostlich an. Südlich von Duma hält das heftige Artilleriekampf auf beiden Seiten an.

Wird die Ablehnung der Entente begründet werden?

Genf, 17. September. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Das „Echo de Paris“ schreibt, daß Frankreich, die Vereinigten Staaten, England und die anderen Verbündeten die Note ohne Zweifel mit einem Neins beantworten werden. Es sei aber zweifelhaft, ob dieser Neins formalisiert werde.

Ein Italiener soll mehr bluten.

Die Italiener sollen mehr bluten. Zürich, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Ährer Morgenzeitung“ meldet, daß dieser Tage im Hauptquartier der Alliierten ein Kriegstag feststanden, der von Clemenceau publiziert wurde und dem alle Oberbefehlshaber beiwohnten. Es wurde der Weisheit gelehrt, in verwickelten Lage die italienischen Truppen heranzuziehen. Außerdem

Italienische Schweizarmei.

Basel, 17. September. (Eigene Drahtnachricht.) Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die italienischen Truppen nur ganz kurze Weidungen über den Inhalt der Friedensnote Deutscher-Italiens veröffentlichten, aber nicht ihren Wortlaut weitergeben haben. „Popolo d'Italia“ verweist den Friedenssicht der Mittelmächte ämtlich, ebenfalls ein Neins. Welche, wie unangenehm er ihm ist. Der sozialistische „Avanti“ wurde von der Schweizer Regierung zurückgehalten.

Schwache Stimmung an der Newyorker Börse.

New York, 17. September. (Eigene Drahtnachricht.) Nach heftiger Eröffnung machte sich an der Fondsbörse eine schwache Stimmung geltend, die durch die ungünstige Beurteilung der Friedensnote hervorgerufen wurde. Gegen uhsch vermehrte sich teilweise eine Erholung durchzuführen. Der Verkehr schliefte sich aber während der letzten Umhänge sehr träge.

Englischer Kolonialskandal.

Berlin, 17. September. (Eigene Drahtnachricht.) Von englischer Seite werden Nachrichten verbreitet über deutsche Gravel in den Kolonien. Die Engländer haben seit Jahren famliche Gravel in den Kolonien durchgeführt und sieben daraus einseitige Verfassungen heraus, um den Nachweis für deutsche Gravel zu erbringen. Deutsches Reich hat bereits Schritte unternommen, um den englischen Behauptungen entgegenzutreten. Man kann aus diesen englischen Verfassungen sehen, daß England daran setzigen ist, sich schon vorzubereiten, um fatberlich die Kolonien unter dem Vorwand zu behaupten, daß Deutschland einseitige Kolonialpolitik nicht zu führen vermöge.

Kein deutscher Sondervorschlag an Belgien.

Berlin, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Keiner verbreitet die Nachricht, daß von Deutschland ein Friedensnotschlaf gemacht worden ist, der Belgien neutral zu werden. Von zuständiger Stelle wird hierzu verklärt, daß von der deutschen Regierung ein derartiger Vorschlag nicht gemacht worden ist.

Dänische Außerungen.

Kopenhagen, 17. September. (Eigene Drahtnachricht.) Von den dänischen Wärtern schreibt „Nationaltidende“ zur osterrreichisch-ungarischen Friedensnote: Der osterrreichisch-ungarische Minister des Aeußeren hat offenbar selbst nicht großes Vertrauen, daß diese Entladung angenommen werden wird. Die Situation ist nicht wenig für beide Kriegsteile, aber in jedem Falle ist die Methode, die Wien jetzt einführt, wohl die einzig richtige, um unter den gegebenen Verhältnissen einen Weg zum Frieden zu bahnen. Nach der „Berlins Tidende“ ist die Situation jetzt augenblich günstig für ein Friedensangebot insofern, als die Entente dem vermutlich mit der Forderung antworten werden, daß die von ihnen als hervorstechendsten Friedensbedingung die Befreiung unverbundlicher Verbandsstaaten bilden sollen. Darauf ist man unweifelhaft in Deutschland und Deutscher-Italiens vorbereitet. Das Deutscher Reich (trotzdem dieser Schritt unternommen hat, ist eine Tatsache, die vielleicht einer kleinen Friedenshoffnung Raum geben könnte.

Eine französisch-amerikanische Universität?

Basel, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Auf Wunsch des Präsidenten Wilson wird in Verbindung eine französisch-amerikanische Universität errichtet.

Die Möglichkeit des deutschen Widerstandes.

Genf, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Matin“ schreibt zur Kriegslage: Die deutsche Verteidigungslinie sei für sich selbst verklärt. Danach seien die Deutschen in der Lage, nach langer beträchtlicher Weidung zu leisten, und die Alliierten könnten vielleicht nachgeben gegen diese Front annehmen. Man dürfte die jetzigen Stellungen der Deutschen nicht unterschätzen.

Drei-tandiger Artilleriekampf eines U-Bootes.

Zürich, 17. September. (Eigene Drahtnachricht.) Ein Souvenirnotiz annehmender Stempel des durch ein deutsches U-Boot versenkten amerikanischen Dampfschiffes „Jenna“ berichtet, daß der Versenkung ein osterrreichischer Kreuzerlauf vorausging, worden 34 Mann der Besatzung sind an den Ankeren befestigten. Ein Voltreffer in den Wahnenraum bewirkte das Sinken des Schiffes, das, nachdem die Besatzung es verlassen hatte, von dem Unterboot versenkt wurde. Ein amerikanisches Patrouillenboot nahm die Besatzung auf.

Die tschechische Wehrpflichtfrage.

Prag, 17. September (Eigene Drahtnachricht.) Die „Ährer Morgenzeitung“ erklärt aus New York, daß die amerikanische Regierung die Initiative zur Lösung der tschechischen Wehrpflichtfrage erteilt habe. Nach einer Rundgebung in der Zukunft „Times“ fordert Amerika alle Ausländer, welche längere Zeit in Amerika gelebt haben, an, sich beim amerikanischen Konsul zu melden.

Parlamentarische Mitarbeit.

Die sogenannten demokratischen Staaten der Entente haben mit ihren Parlamenten während des Krieges gewiss keine Ehre eingelegt. Wir haben seit mehr als vier Jahren konstatieren können, daß die Parlamente in Paris, London und Washington gefugige Werkzeuge in der Hand der jeweiligen Machthaber waren. Daran ändert sich nichts, daß sie und wieder an der Seite, einmal auch an der Chemie ein Kabinett mit Hilfe des Parlaments geführt wurde. In der Hauptlage konnten jedenfalls die ungekronten Herrscher in London und Paris, mehr noch Wilson in Washington, regieren nach Herzenslust. Die von unseren Gegnern viel gerühmte Kontrolle des Parlaments stellt jumeist, weil das jeweilige Ministerium über eine Mehrheit verfügt, die den weiten Mantel christlicher Mastentische auch über die schwächen Laten deckt. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur daran zu erinnern, daß die Entente mächte es nicht einmal für notwendig hielten, auf die vorjährige papstliche Friedensnote in offizieller Weise zu antworten. Es fand sich damals keine parlamentarische Mehrheit, die dem am Ruder befindlichen Regierung den Carus machte. Und wird der parlamentarische Einfluß in Frankreich und England jetzt bei der Beantwortung der osterrreichisch-ungarischen Friedensnote fester sein? Oder werden sich diese verfassungsmäßigen Einrichtungen, die uns von unseren Feinden immer als Muster ihrer einzigen, alleinigen und ostesten Demokratie vorgehalten werden, jetzt weniger ohnmächtig erweisen als früher? Wir zweifeln daran, daß die Note Brians der währenden Demokratie in England und Frankreich schon jetzt Wahln bracht. Aber andererseits ist doch die erste und letzte Sache schon jetzt zu konstatieren, daß die Erledigung der Friedensnote diesmal wenigstens in Frankreich nicht als eine Privatarbeit Clemenceaus angesehen werden kann. Der alte Tiger sitzt fest im Sattel, so daß sogar die Malou-Affäre (pursos an ihm voruberting. Bei der Beantwortung der Note Brians sieht er nun swieren Tagen entgegen. Rene Riviani, der mehrfach Ministerpräsident war, zuletzt zu Beginn des Krieges, und auch einem Kabinett Briands als Arbeitsminister angehört, hat angeblich bereits den Antrag gestellt, daß die Note vor ihrer Beantwortung dem Parlament zur Beratung überwiesen wird. Es wird auch so hingestellt, als ob die sozialistische Mehrheit aus dem Verhalten der Regierung Konsequenzen für die Behandlung der zu bewilligenen Kriegskredite ziehen könnte. Ob Riviani aber eine Mehrheit finden wird, die ihn unterstützt? Bisher zeigte sich Clemenceau allen parlamentarischen Schwierigkeiten gewachsen, und die Hoffnung ist nicht sonderlich groß, daß es diesmal anders sein wird.

Die Verhältnisse in den Ländern unserer Gegner können uns nur anspornen, daß die gewählten Vertreter des Volkes in Deutschland in der Friedensfrage nicht ungeschort bleiben. Hier ist es zunächst bedauerlich, daß der Reichstag immer dann nicht beieinander ist, wenn wichtige Entscheidungen zu treffen sind. Es muß immer aufs neue wiederholt werden, daß das Vertrauen des Volkes zur Regierung nicht so allgemein und so stark ist, daß der Reichstag ausgeschaltet werden kann. Aber ganz abgesehen von der Vertrauensfrage: Die Verantwortung für die zu fallenden Entscheidungen ist eine so große, daß eine jede Regierung den dringenden Wunsch nach Beteiligung aller verfassungsmäßigen Faktoren an der Last der Verantwortung haben mugte. Seitdem sich der deutsche Reichstag bis zum 5. November vertagte, hat sich eine solche juhre wichtiger Dinge zugetragen, daß lebhaftest Anruhe entziehen mugte, wenn die gemachte Vertretung des Volkes dem Gange der Ereignisse weiter mit verstärkten Armen zuhaken würde. Nur zu lange schon stand der Reichstag teilnahmslos zur Seite. Wir erleben nicht nur die deutsch-russischen Zusatzverträge, für die wenigstens — ein fammerlicher Ertrag — die Führer der Reichstagsfraktionen gehört wurden, die Kandidatur eines deutschen Bringen (der schon mit seinen Studien für die fremde Sprache beginnt, ehe er von der zuständigen Volksvertretung gewählt ist) für den finnischen Königsthron, die deutsche Deodote wegen der feindlichen Beziehung der Kurmanfische und manches andere. In allen diesen Dingen ist es erforderlich, daß der Reichstag am eingehende Aufmerksamkeit sucht. Arbeit wird er auch über den Inhalt der währenden Arbeit zu erde in Essen (Ruhr) verlangen müssen. Der „Vorwärts“ hat darauf hingewiesen, daß das halboffizielle Telegraphen-Bureau die Rede nicht zu verbreiten hat, wie sie gehalten worden ist. Auf der anderen Seite hat auch sie

Die ablehnenden Stimmen der englischen Presse.

„Unaufrichtigkeit der Note.“ — „Völlig absurd und unaufrichtig.“ — Sehnsucht nach einer entscheidenden Niederlage Deutschlands. — „Jynisch und unverfälscht.“

Weitere englische Pressestimmen.

London, 16. Sept. (Reuter.) „Daily Express“ erklärt: Die österreichische Friedensnote bringt den wahren Frieden nicht näher. Die vorläufigen Friedensbedingungen wurden von den Alliierten immer wieder mitgeteilt. Es sind die Verhältnisse deutscher Truppen aus Belgien und Frankreich, die Aufhebung der Besatzung aus Belgien und Frankreich, Bürgschaften für Wiederherstellung und Entschädigung, sowie die Anerkennung des Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung. In der österreichischen Note befindet sich nicht die geringste Andeutung, daß die Mittelmächte irgendeiner dieser vorläufigen Bedingungen zustimmen werden. Die Unaufrichtigkeit der Note verurteilt ihren Ursprung. Es ist von Wien datiert, aber sie wurde in Berlin geschrieben.

„Morning Post“ schreibt: Wir sind bereit, anzunehmen, daß die Note von Deutschland bitter ist. Wir haben es mit dem ersten endgültigen Friedensangebot Deutschlands zu tun. Es ist im wesentlichen der Vorläufer eines Waffenstillstands. Selbst wenn kein formeller Waffenstillstand festgestellt würde, muß das Bewußtsein, daß Dispositionen stattfinden, den Geist der alliierten Völker und Heere erschaffen, während die deutschen Heere die Pause benutzen würden, um Zeit zu gewinnen, die sie für Ruhe und Erholung brauchen. Deswegen ist die erste Frage, ob die Alliierten jetzt einem Waffenstillstand zustimmen wollen, der tatsächlich den Krieg unter diesen Bedingungen beenden würde. Nur eine Antwort ist möglich: Zeit pausieren würde natürlich bedeuten, die Ergebnisse der verhänglichen Kämpfe neu zu bewerten, für immer alle Siegeshoffnungen aufzugeben und die gemeinsame Sache der Zivilisation zu verraten.

„Daily Telegraph“ schreibt: Von der österreichisch-ungarischen Regierung wurde ein einseitiger Schritt unternommen. Der Vorstoß ist völlig absurd und unaufrichtig. Wir sagen natürlich, warum dieser Augenblick für einen derartigen Appell gewählt worden ist und warum er sich gütend. Der wichtige Zweck ist zweifelslos, Zeit für die Reorganisation ihrer erschöpften Truppen zu gewinnen. Deutschland wird seine Wehrmacht nur durch eine entscheidende Niederlage absetzen können. Der Vorstoß der Mittelmächte an Belgien ist jynisch und unaufrichtig. Wenn die Feinde Belgien nur de facto anerkennen, was müssen sie dann nicht beschließen? Wir fordern, daß die ganze Welt die dringende Frage vom Standpunkte des belebten und verarmten Frankreichs angehen wird. Wir müssen erst ein wenig und schließlich ein wenig Deutschland vorziehen, bevor wir hoffen können, den Frieden zu diskutieren.

Die Pariser Presse.

Kopenhagen, 16. Sept. „Nationaltidende“ meldet aus Paris: Die französische Presse stellt sich ganz abweisend gegenüber der österreichischen Friedensoffensive. Doch nährt man keinen Zweifel, daß sie ehrlich gemeint ist, da Österreich von einer Fortsetzung des Krieges nichts mehr zu erwarten habe.

„Petit Journal“ schreibt: Man weiß, daß Burian und Czernin über die Türküste furchtbar gehoben haben, und nachdem die Armeen des Kaisers geschlagen sind, ist ihre Sprache deutlich genug die einer Friedensoffensive. Die zwei österreichischen Staatsmänner haben ihre Friedensoffensive auf eine neue Art in der Absicht begonnen, die beiden Zentralmächte vor einer Katastrophe zu bewahren.

„Somme Libre“ ironisiert, daß die Lage die Zentralmächte gegenwärtig, ihre Kriegesinstrumente einen Dämmer aufzuheben. Das ist jedoch darauf, daß die Zentralmächte die Verantwortung für die Schrecken des Krieges haben, und bezeichnet daher Burians Ansprüche als Heuchelei.

In der „France Libre“, dem neuen Organe des rechtssozialistischen Flügels der Gruppe Renne, schreibt Compe-Morel: Was wir wollen, ist Wilsons Frieden mit seinen 4 Prinzipien und 14 Bedingungen. Sind Czernin, Burian und Karolai, der Sozialdemokrat Ebert und sein erhabener Kaiser mit uns einig? Wenn ja, so läßt uns eine ruhige Auswechslung von Gesichtspunkten zwischen den Regierungen der kriegführenden Staaten beginnen. Auf dem Wege zur internationalen Sozialistenkonferenz hat die Friedensinitiative keine glücklichen Anhänger als uns. Wenn sie nein sagen, so läßt uns nicht mehr davon reden. Laßt Koch, Bering, Saig und Werling ihre Aktion fortsetzen und ihr Ziel erreichen. Ein sicheres und gewisser Friede wird uns kommen durch einen entscheidenden Waffenstich des Präzidenten der großen amerikanischen Republik.

„Petit Parisien“ beweielt keinen Augenblick Burians Ehrlichkeit, da er einen schnellen Frieden wünscht. Das Wort schauert aber, daß man eine vorübergehende Anerkennung der Wilsonschen Punkte verlangen wird, bevor die Rede davon sein könne, auf Burians Vorstoß einzugehen.

Die „Humanité“ erklärt, daß der alte Gesichtspunkt gegenübersteht: Sobald es den Zentralmächten schließt geht, fordern sie Frieden im Namen der Menschheit. Aber

etwa folgendermaßen beantworten: „Wir sind bereit, über den Frieden mit autorisierten Vertretern der Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verhandeln. Hinsichtlich Österreich-Ungarns werden wir mit den Tschechen und Jugoslawen um so lieber verhandeln, als wir uns mit ihnen nicht im Krieg befindlich betrauten.“ Was die Deutschen Deutschlands und Österreich-Ungarns betrifft, so wollen wir nur mit solchen Männern verhandeln, die ihren Völkern verantwortlich sind, weil sonst ihre Unterhandlung morgen schon vor der Nation beantwortet sind und wir uns einem fremden Papier gegenüber befinden würden.“ — Die Annahme geht dahin, daß die Entente gegen Ende der Woche antworten wird.

Zur Torpedierung der „Galva Castle“.

London, 15. Sept. Reuter meldet zu der Torpedierung des „Galva Castle“, der Torpede trat zwischen Kalkutta und Beiznam. Es wurde bis zum Überdab aufgerissen und drohte in zwei Teile zu brechen. Ein U-Boot wurde von einer großen Woge auf die sich brechenden Schrauben

wenn der Krieg sich zu ihrem Vorteil zu wenden scheint, sind es die Alldeutschen, die das große Wort führen.

Lloyd Georges Antwort.

Haag, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Mail“ schreibt, daß Lloyd Georges Antwort auf die Friedensbedingungen der Österreicher folgende ist: Was Lloyd George in Manchester gesagt habe, gelte auch jetzt noch. Was Friedensbedürfnis möge jedoch dem Wofse des Senates untergeordnet werden.

Sofortige Antwort verlangt.

Ein italienisches Urteil.

Zürich, 17. Sept. (Privattelegramm.) Zur Note der österreichisch-ungarischen Regierung schreibt der „Corriere della Sera“ man möge ihre von vornherein das späteste Mißtrauen entgegenbringen. Wenn Deutschland und Österreich-Ungarn den Frieden wünschen, dann wünschen ihn die Zentralmächte auch nicht. Gerade aus diesem Grunde dürfte die Mittelmächte das feinste Mißspiel nicht spielen. Der „Corriere della Sera“ verlangt daher von den Regierungen des Bundes eine sofortige und missiane Beantwortung.

Malländer Stimmen.

Bern, 16. Sept. Die Malländer Blätter nennen die Wiener Note die Krönung der jetzigen Friedensoffensive der Mittelmächte. Die heutige Form sei zielloser als die früheren Friedensangebote und ließe ein Eingehen auf das Friedensprogramm der Entente erkennen.

Die Friedenssehnsucht in Italien.

Bern, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Verano Tagblatt“ schreibt, daß die Friedenssehnsucht in Italien übermächtig geworden ist. Und was England hinsichtlich dem Ruf nach dem Endziele erhebt, die Meinung der Völker gebe nach Beschuldigung und suche den Frieden, deshalb werden die feindlichen Staaten auch die neue Friedensbewegung Österreich-Ungarns nicht so leicht unterdrücken können.

„Distutabel“.

Basel, 17. Sept. (Privattelegramm.) In den Kommentaren der schweizerischen Blätter vom Sonntag steht, die im allgemeinen auf der Seite der Entente stehen, z. B. „Genevois“, „Suisse“, „Genève Courrier“, findet sich in den Berichten zur österreichisch-ungarischen Note, das Zugeländnis, daß die vom Herren Burian aufgeworfenen Fragen auch für die Entente distutabel sein dürften.

Burians Friedensnote an den Papst.

Wien, 16. Sept. Der Minister des Äußeren hat an den apostolischen Nuntius Monseigneur Ruffini die Botschaft an 14. u. eine Note gerichtet, in deren deutscher Übersetzung es u. a. heißt: Die k. u. k. Regierung, von dem Geiste der Versöhnlichkeit geleitet, der schon in ihrer Note vom 12. Dezember 1916 zum Ausdruck kam, hat beschloffen, an alle kriegführenden Staaten heranzutreten und sie einzuladen, durch einen vertraulichen und unerbittlichen Gedankenaustausch einem für alle Teile ehrenvollen Frieden die Wege zu öffnen. Ich bitte Erzelehen, den Text der Note St. Heiligkeit unterbreiten zu wollen.

Amerikas Gerichtshof über Deutschland

Bern, 15. Sept. Die dauernde Neutralisierung Deutschlands ist das Neueste, was sich ein amerikanisches Blatt, die „New York Tribune“, zur Zeitung der deutschen „Mitteltagen“ ausgedacht hat. Die Zeitung schreibt u. a.:

Mit Deutschland kann es weder Frieden noch Krieg geben. Deutschland muß auf eigenem Boden besetzt und entwirrt werden. Dann sind die verführten Völker als Völker und Souveränität, um anzupfeifen, unter welchen Bedingungen Deutschland überleben soll. Die Weltmacht Deutschlands muß für immer gebrochen werden. Die alliierten Nationen würden ihm den Status eines dauernd Neutralen garantieren, der unbesetzt wäre. Das übrige hängt davon ab, wie weit man sich auf das moralische Gefühl der Welt verlassen kann, ihm eine endgültige Strafe aufzuerlegen. Man kann 65 Millionen Deutsche nicht einschließen, aber aus schließen. Wenn die Bevölkerung der alliierten Länder spontan beschließt, Deutschland von jedem Verlebensausgang auszuschließen, so würde kein wirtschaftlicher Boykott notwendig sein.

Besprechungen im Berner Bundeshaufe.

Basel, 17. Sept. (Privattelegramm.) Nach Mitteilungen aus Bern hat die französische Glände am Sonntag früh im Bundeshaufe in Bern eine Besprechung mit dem Bundespräsidenten gehabt. Auch der englische Glände ist am Sonntag im russischen Departement vor.

Das Bombardement auf Paris.

Paris, 16. Sept. (Paras.) Der amtliche Bericht meldet u. a.: Heute nacht überflogen mehrere feindliche Fluggeschwader die Banneile von Paris. Sie wurden bei ihrer Ankunft gemeldet und von unseren Nachposten verfolgt. Sie waren das Ziel eines besonderen heftigen Spotzfeuers. Mehrfache Bombenabwürfe wurden gemeldet. Es gab einige Opfer und Sachschaden.

Der Prozeß Caillaux.

Genf, 16. Sept. Unter dem Titel „Das Komplott gegen Caillaux“ protestiert der „Populaire“ gegen die von der

„Deutsche Tageszeitung“ bereits Sätze herangezogen, die sich in einzelnen Originalberichten rheinischer Blätter finden, die man aber in dem Texte des Westfälischen Telegraphen-Bureaus vergeblich sucht. Solche Wortumstellungen in einem ereignisreichen Stadium der Zeit sind nicht geeignet, die im Volke befindliche Irrthum und Verwirrung zu vermindern.

Die größte Bedeutung kommt naturgemäß der Burianschen Note zu, über die von 397 Mitgliedern des Reichstags vieleicht ein Dutzend, und diese auch nur um einige Stunden früher als durch die Bekanntgabe in den Zeitungen etwas erfahren. Hier zeigte es sich wieder einmal, daß die Regierung immer noch die Volkvertretung als eine Benützungsmaschine ansehen, deren Tätigkeit nach Erledigung des Etats oder der jeweils benötigten Kriegsstreife beendet sein muß. Oft ist in den letzten Tagen die Frage aufgetaucht: Wie lange noch will sich der Reichstag bei wichtigen Entscheidungen als Nebenbuhler behandeln lassen? Eine bittere Frage, deren Beantwortung seit Sonnabend nur zu deutlich hervortrat. Nicht minder betrieblid ist es, daß es zwei Tage voll angestrengter Verhandlungen bedurfte, um der Regierung klarzumachen, daß sie jetzt wirklich die Volkvertretung um Rat und Mitteln angehen müßte. Wir hören, daß den ganzen Sonntag und auch am Montag noch parlamentarische Verhandlungen stattfanden, und erst in den letzten Abendstunden wurde die Meinung verbreitet, daß der Hauptausschuß des Reichstags am Dienstag, den 24. September, zusammentritt werde. Ueber den Zusammentritt des Plenums des Reichstags verläutet dagegen noch nichts, womit man sich in Anbetracht des vertraulichen Charakters der zu beratenden Frage zur Not abfinden kann. Vom Hauptausschuß erwarten wir, daß er zunächst Klarheit darüber schafft, ob die deutsche Regierung von dem Wiener Schritte des Grafen Burian unterrichtet war. Das, was aus den Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses bisher bekannt geworden ist, hat diese Klarheit nicht gebracht. Man kann mit den verschiedensten Deutungen versehenen Besarten ein unterhaltsames Spiel treiben. So nachdem man die Dinge zusammenstellt und gruppiert, kommt man zu anderen Ergebnissen. Bald muß man es für ausgeschlossen halten, daß die Regierung unterrichtet war, weil sonst einige Wortumstellungen schliefstärker wären, bald wieder sagt man sich, daß es uninformant ist, daß Staatssekretär v. Hinge ohne hinreichende Befugnisse von Wien nach Berlin zurückkehrte. Sonderlich erhebt sich dieses Unterhaltungsstück jedenfalls nicht. Sodann wird es Aufgabe des Hauptausschusses sein, an der Beantwortung der Wiener Note entscheidenden Anteil zu nehmen. Daß eine Beantwortung erfolgen muß, ist selbstverständlich auch dann, wenn die Note nach vorheriger Information der deutschen Regierung der Öffentlichkeit übergeben wurde. Wir dürfen hoffen, daß in dieser Antwort der Geist der Versöhnlichkeit und Friedensbereitschaft zum Ausdruck kommt, wie einst bei der Beratung der Antwort auf die Kapitnote, daß andererseits aber doch auch alles vermieden wird, was dem feindlichen Gerücht über Deutschlands Schwäche neue Nahrung zuführt. O. H.

Schweizerisches Urteil.

Bern, 16. Sept. Das Berner „Tagblatt“ fragt sich, ob die Alliierten auch diese Anregung ablehnen werden. So groß auch diese Gefahr sei, sollte man es doch kaum für möglich halten, daß eine sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gegenwart und der Zukunft bewußte Regierung irgendeine Gelegenheit, sich über die Möglichkeiten der Kriegsende auszusprechen, einfach von der Hand weise, und wären diese Möglichkeiten auch noch so schwach. Ein baldiger Friede liege auch im Interesse aller Neutralen. Deshalb sei es das Recht und die Pflicht der Neutralen, jede Möglichkeit, die Kriegführenden einander näher zu bringen, willkommen zu heißen und zu fördern. Die objektive Anregung Graf Burians könne jeder Neutraler begreifen und zusammenfassen, aus einem gemeinsamen Zusammengehören der Neutralen eine Hilfe für die Friedensmission, die heute die österreichisch-ungarische Regierung auf sich nehme. Der Artikel schließt: Wie immer auch die Alliierten sich zur Anregung Graf Burians stellen werden, das Wort ist gesprochen worden und sein Klang bleibt der Menschheit im Ohre.

Vermutungen der Schweizer Ententekeise.

Bern, 16. Sept. Die Berner politischen Kreise sind durch die Friedensnote in allerhöchster Erregung geraten. Da sich zufällig heute der Nationalrat verammelt, so ist auch in den Wandlungen des schweizerischen Parlaments von nichts anderem die Rede als von dem Schritt Österreich-Ungarns. Es ist zweifelslos, daß die Note auf die große Mehrzahl der Deutschschweizer, ja sogar auf gewisse Westschweizer moralisch einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat. Andererseits mag man es nicht, sich irgend einem Optimismus hingeben. Nichts fragt man sich, ob der Zeitpunkt für die Note richtig gewählt sei. Nach außen hin legen die Schweizer Politiker aus begründlichen Gründen eine große Zurückhaltung an den Tag.

Ueber die Aufnahme in Ententekreisen glaubt man zu wissen, daß die in der Schweiz weilenden Amerikaner sich ganz scharf ablehnend geäußert haben. Nicht viel, aber etwas anders scheint das Urteil der französischen und englischen Kreise zu sein, die immerhin die Stimmung der freundschaftlichen Kollekste in ihre Beziehung hineinbeziehen. Die Stellung der Sozialisten und Gewerkschaftler in Frankreich und England erhebt man kaum fast genau, um sich etwa folgendermaßen auszudrücken: Die Regierungen werden mit Rücksicht auf die Friedensstreunde eine vollkommene und scharfe Ablehnung nicht wagen können. Andererseits dürfte in sozialistischen Kreisen die Erwartung bestehen, daß irgend welche Verhandlungen zwischen den Diplomaten notwendig zu einem Ergebnis führen könnten, das dem Willen der breiten Volksmassen sehr wenig entspricht. Man wird vielleicht in solchen Kreisen zu der Forderung neigen, daß man es zu den von Österreich geäußerten Verhandlungen käme, beglaubigte Volksoverturen aller Parteien in Zugelassen werden. Bezeichnenderweise spricht sich der Desobeyer „Democrate“, der seine Instruktionen aus der französischen Botschaft zu Bern bezieht, in einer ähnlichen Richtung aus, wenn er sich auch aus Bern drängen läßt, daß unterrichtete Kreise glauben, die Entente wachte die Note